VR-03 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

| | |
|---|---|
| Gremium: | Wolf-Christian Bleek u.a., KV Schwerin, LV Berlin |
| Beschlussdatum: | 17.10.2024 |
| Tagesordnungspunkt: | VR Im V-Ranking priorisierte Anträge |
| Status: | Zurückgezogen |

## Antragstext

Der Verkehrssektor muss endlich einen Teil zum Klimaschutz beitragen und als Mitglied der Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Bündnis 90/ Die Grünen dies einzufordern. Zuletzt war die Bundesregierung, und insbesondere der Verkehrsminister, dazu verurteilt worden, ein ausreichendes Sofortprogramm im Verkehr vorzulegen. Durch die Änderung des Klimaschutzgesetzes wurde diesem Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die FDP mag das ein Erfolg sein, für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag.

Die Reform des Klimaschutzgesetzes ist eine Verschlechterung für den Klimaschutz und insbesondere die Aufweichung der Sektorziele fällt sogar noch hinter die Vorgaben der Großen Koalition aus CDU und SPD zurück. In Zukunft besteht nur dann eine Verpflichtung zum Eingreifen, wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge gerissen werden. Das ist frühestens 2026 der Fall. Die aktuelle Bundesregierung ist somit auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein für alle Mal aus der Verantwortung entlassen. Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne Sektoren in Zukunft außerdem grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet nachzusteuern, auch wenn sie als Ursache des Problems identifiziert wurden. All das wurde am gleichen Tag verkündet, als der Verkehrsminister vom Expertenrat für Klimafragen eine erneute massive Zielverfehlung bescheinigt bekommen hat. Der Verkehrssektor ist auch der Grund, warum Deutschland die Ziele der europäischen Lastenteilungsverordnung aller Voraussicht nach nicht einhalten wird. Tritt das ein, werden Zahlungen in Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten fällig, die ihre Klimapolitik im Griff haben.

Das ist so nicht hinnehmbar. Wir fordern eine Verkehrswende, die ihren Namen auch verdient, und zwar jetzt, während der grünen Regierungsbeteiligung!

Wir fordern die grüne Fraktion im Bundestag und die grünen Regierungsmitglieder auf, sich in
den verbleibenden Monaten der Regierungsarbeit einzusetzen für

- die Rücknahme der Novellierung des Klimaschutzgesetz,
- die Feststellung eines Handlungsbedarfs wegen Verfehlung der Sektorenziele im Bereich Verkehr,
- die Einführung eines Tempolimit von mindestens 120 km/h auf deutschen Autobahnen,
- Tempo 30 – Zonen flächendeckend innerorts mit der Möglichkeit einer Ausnahme für sicher ausgebaute Durchgangsstraßen,
- den nachhaltigen und umgehenden Ausbau des ÖPNV,
- die notwendigen Investitionen in die Erhaltung der Bahninfrastruktur,
- den Erhalt des 49-Euro-Tickets mit einer deutlich preiswerteren Erweiterung für Menschen mit geringem Einkommen,
- eine kritische Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans und den Ausbaustopp des Autobahn- und Bundesstraßennetzes unter Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele und der angespannten Haushaltslage,
- höhere Besteuerung von Kurzstreckenflügen.

Auch klimaschädliche Subventionen wie das Dienstwagen- oder Diesel-Privileg könnten in
wenigen Monaten abgeschafft werden.

Zur politischen Unterstützung schlagen wir vor, einen öffentlichen „Verkehrskongress“ mit dem Thema #Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz durch Tempolimit und Ausbau des ÖPNV# zu organisieren.

Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent so in der Bundesregierung handhaben.

## weitere Antragsteller*innen

Thomas Mohr (KV München); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); Jakob Bleek (KV Potsdam-Mittelmark); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Simon Bleek (KV Potsdam-Mittelmark); Evelyn Thies (KV Ulm); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Philipp Schmagold (KV Plön); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Peter Meiwald (KV Ammerland); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Matthias Striebich (KV Forchheim); Torsten Schönebaum (KV Ammerland); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.